

Werner Plum (Hg.)

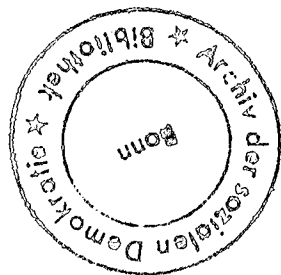
Ungewöhnliche Normalisierung

**Beziehungen der Bundesrepublik
Deutschland zu Polen**

Mit Beiträgen von

Udo Arnold, Peter Bender, Dieter Bingen, Klaus von Bismarck,
Alfred Blumenfeld, Erich Brost, Karl Dédecius,
Marion Gräfin Dönhoff, Ludwig Elsing, Gottfried Erb,
Walter Fabian, Heinrich Grüber, Horst Harnischfeger,
Uwe-Peter Heidingsfeld, Christoph Heubner,
Hans-Adolf Jacobsen, Erwin Kristoffersen, Hans Georg Lehmann,
Walter Mertineit, Antonín Měšťan, Susanne Miller,
Heinrich Pfeiffer, Werner Plum, Klaus Reiff, Gotthold Rhode,
Doris Schenk, Manfred von Scheven, Carlo Schmid,
Hansjakob Stehle, Rüdiger Stephan

Verlag Neue Gesellschaft



ISBN 3-87831-381-0

Copyright © 1984 by Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, D-5300 Bonn 2
Umschlag: Karl Debus, Bonn
Herstellung: Gerd Ernst
Satz: Satzstudio Hülskötter, Burscheid-Dürscheid
Druck und Verarbeitung: braunschweig druck GmbH
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 1984

A84-265

Inhalt

<i>Werner Plum</i> Ungewöhnliche Normalisierung	9
 <i>Rückblicke</i>	
<i>Marion Gräfin Dönhoff</i> Nachbarn seit tausend Jahren	25
<i>Erich Brost</i> Seit 1936: Das neue Verhältnis deutscher Sozialdemokraten zu Polen. Ein Augenzeugenbericht	29
<i>Hans Georg Lehmann</i> Die deutsch-polnische Grenzfrage. Eine Einführung in den Oder-Neiße-Konflikt	37
<i>Ludwig Elsing</i> Polenpolitik der SPD 1960 bis 1970	55
 <i>Begegnungen</i>	
<i>Walter Fabian</i> Die Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland	69
<i>Erwin Kristoffersen</i> Begegnungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Gewerkschaften in Polen	75
<i>Manfred von Scheven</i> Deutsch-polnische Städtepartnerschaften: Das Beispiel der Städte Bremen und Danzig/Gdańsk	81
<i>Christoph Heubner</i> Beginn eines Weges — Die Arbeit der Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste in der Volksrepublik Polen	89
<i>Susanne Miller</i> Wiedersehen mit Polen im April 1983. Persönliche Eindrücke	95

Gotthold Rhode
Die Lindenfelser Gespräche. Ein früher Versuch deutsch-polnischer
Verständigung 99

Karl Dedecius
Polnische Literatur in der Bundesrepublik 107

Christen hüben und drüben

Heinrich Grüber
Ein deutscher Prediger in Warschau 123

Auszüge aus der Denkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands
„Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes
zu seinen östlichen Nachbarn“ 129

Klaus von Bismarck
Ein evangelischer Christ erfährt Polen 133

Uwe-Peter Heidingsfeld
Verbindungen evangelischer Christen mit Polen 139

Schriftwechsel zwischen dem polnischen und dem deutschen Episkopat
am 18. November 1965 und 5. Dezember 1965 149

Hansjakob Stehle
Seit 1960: Der mühsame katholische Dialog über die Grenze 155

Gottfried Erb
Das Memorandum des Bensberger Kreises zur Polenpolitik 179

Schule und Forschung

Carlo Schmid
Besuch der Universitäten in Warschau und Krakau. Tagebuch einer
Polenreise im Jahre 1958 191

Einführung von Carlo Schmid in seine Warschauer und Krakauer
Vorlesungen 203

Susanne Miller
In Erinnerung an Georg Eckert (14. August 1912 bis 7. Januar 1974),
Initiator der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen 205

Walter Mertineit
Die deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen. Eine Zwischenbilanz 209

Hans-Adolf Jacobsen
Fünf Jahre Partnerschaft der Universitäten Bonn und Warschau
(1978 bis 1983) — Genesis und erste Bilanz aus deutscher Sicht 219

Antonín Měšťan
Probleme der Förderung einer wissenschaftlichen Polonistik an den
Universitäten der Bundesrepublik Deutschland 227

Gotthold Rhode
Dreiunddreißig Jahre Forschungen zur Geschichte Polens.
Veröffentlichungen der Historisch-Landeskundlichen Kommission
für Posen und das Deutschtum in Polen 1950 bis 1983 237

Udo Arnold
Die Historische Kommission für ost- und westpreußische
Landesforschung — Kooperation über die Grenzen 245

Dieter Bingen
Die Polenforschung im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche
und internationale Studien 253

Institute und Stiftungen

Karl Dedecius
Deutsches Polen-Institut Darmstadt 263

Alfred Blumenfeld
Das Forum der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik
Polen 267

Horst Harnischfeger
Kulturaustausch mit Polen durch das Goethe-Institut 273

Doris Schenk
Die wissenschaftlichen Beziehungen der Deutschen
Forschungsgemeinschaft zur Polnischen Akademie der Wissenschaften 279

Rüdiger Stephan
Die Robert Bosch Stiftung und die deutsch-polnischen Beziehungen 281

Heinrich Pfeiffer
Förderung polnischer Wissenschaftler durch die Alexander von Humboldt-
Stiftung 287

<i>Klaus Reiff</i>	
Journalistenaustausch, Regionalplanung und Schulbuchkonferenzen: Schwerpunkte der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Zusammenarbeit mit Polen	289

Ausblick

<i>Peter Bender</i>	
Europa braucht ein starkes Polen	295

Anhang

<i>Die Autoren des Sammelbandes</i>	
1. Biographische Notizen	307
2. Werke über Polen	311
<i>Polen-Bibliographien der an diesem Sammelband mitarbeitenden Institutionen</i>	315
<i>Personenregister</i>	321

entsprach. Der Pianist Christoph Eschenbach und die Schauspielerin Liesel Christ schlossen sich unserem Aufruf an. Da mit so vielen Ausreisegenehmigungen zur unmittelbaren Einladung eines Polen seitens der polnischen Behörden sicher nicht zu rechnen war, wurde gebeten, den Betrag auf ein Konto einzuzahlen. Der katholische Caritas-Verband übernahm es, Lebensmittel einzukaufen, in größeren Mengen nach Polen zu transportieren und dort für eine möglichst breite Verteilung an die darbenende Bevölkerung durch die dortige katholische Kirche Sorge zu tragen. Diese, zunächst rein katholische Initiative legte Wert darauf, mich als evangelischen Christen dabeizuhaben. Nach den vorherigen Ausführungen ist es wohl unnötig, noch einmal gesondert zu begründen, warum ich mich bei der Aktion auch gerade als evangelischer Christ gern beteiligt habe, obwohl es natürlich auch rein evangelische Hilfsaktionen gegeben hat bzw. gibt. Durch unseren konfessionell gemischten Spendenaufruf kam übrigens ein Gesamtbetrag von über 1,5 Millionen DM zusammen, der in Lebensmittel umgesetzt wurde, die nach Polen gelangten.

*

Ich habe als einzelner Christ durch die Institutionen, mit denen ich verbunden war, wie dargestellt privilegierte Möglichkeiten gehabt, meinen persönlichen, politischen Einsichten und auch Neigungen für Polen Ausdruck zu verleihen. Aber ich weiß aus meinem Freundeskreis und also nicht nur aus dem großen Echo auf unseren privaten Spendenaufruf, daß viele evangelische Christen meine Einstellung teilen.

Uwe-Peter Heidingsfeld Verbindungen evangelischer Christen mit Polen

I.

Diese Ausführungen stehen unter einer dreifachen Begrenzung.

Mit ihnen soll zum einen, schon aus Gründen des zur Verfügung stehenden Platzes, keineswegs eine vollständige Auflistung, gar systematische Aufarbeitung der Kontakte aus der EKD nach Polen, etwa seit 1957, versucht werden.

Zum anderen unterliegt ein nicht unerheblicher Teil des in Frage kommenden Materials, also Protokolle, Briefwechsel und Vermerke, noch immer der Vertraulichkeit, entzieht sich damit einer öffentlichen Ausbreitung.

Und schließlich soll im folgenden, ausgehend von der sogenannten „Ostdenkschrift“ der EKD aus dem Jahre 1965, eher skizzenhaft und mit manchen Lücken, näher eingegangen werden fast nur auf die offiziellen bzw. offiziösen Beziehungen zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und vor allem dem Polnischen Ökumenischen Rat.

Für diese Beziehungen gilt in hohem Maße, daß sie zu Anfang — und ein Stückweit gilt das bis auf den heutigen Tag — nur möglich waren und dann, nach einem schwierigen Anfang, in ihrem nicht minder komplizierten Alltag davon gelebt haben, daß die Menschen, die sie von beiden Seiten geknüpft und ausgebaut haben, nicht nur von dem allgemeinen Willen zu Aussöhnung, Verständigung und Normalisierung erfüllt gewesen sind, sondern daß sie sich als Christen begegnen konnten. Das hat manches, nicht alles, leichter gemacht.

Jedenfalls hat es da, wo es um Schuld, Buße und Vergebung ging, Chancen eines neuen Anfangs miteinander, Möglichkeiten brüderlicher und gerade deswegen der sich erinnernden Wahrheit nicht entziehender Begegnungen eröffnet.

II.

Im Oktober 1965 wurde „mit Zustimmung des Rates der EKD“ die Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“¹ veröffentlicht.

Dieses Dokument, vor allem sein Teil „Völkerrechtliche Fragen“, hat bei uns in der Bundesrepublik zu äußerst heftigen politischen, kirchlichen und theologischen Auseinandersetzungen geführt².

¹ Der Text ist wieder abgedruckt in: „Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland“, Band 1/1. Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, 1978, S. 77 ff.

² Vgl. Reinhard Henkys (Hrsg.), „Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift“, Kreuz-Verlag Stuttgart/Berlin 1966; sowie „Kirchliches Jahrbuch 1965“, S. 47 ff.

Aber, die Denkschrift ist, „das wird heute leicht vergessen, . . . auch in Polen zwiespältig aufgenommen worden. Zu deutlich widersprach sie in einigen Punkten dem polnischen Empfinden und dem polnischen Rechtsstandpunkt“³. Es muß aber hinzugefügt werden, daß die Haltung der EKD zu Polen in Polen selber — weit über die Kreise des Polnischen Ökumenischen Rates hinaus — im Laufe der Zeit immer positiver gewürdigt worden ist.

Ludwig Raiser, langjähriger Vorsitzender der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung, die die „Ostdenkschrift“ ausgearbeitet hat, ordnete sie bei seinem 1971 in der Christlichen Theologischen Akademie Warschau gehaltenen Vortrag in den „größeren Rahmen“ der „Bemühungen unserer Kirche um eine Erziehung des deutschen Volkes zum Frieden“ ein⁴: Sie „war . . . kein isolierter Vorstoß aus einer in politischen Fragen sonst schweigsamen, auf Gottesdienst und Seelsorge beschränkten Kirche; er ist vielmehr ein Glied in einer langen Reihe von Bemühungen unserer Kirche, der Aufgabe gerecht zu werden, die wir heute als ‚politische Diakonie‘ zu bezeichnen pflegen und in deren Mittelpunkt in der heutigen Welt-situation die Erhaltung und Sicherung des Friedens unter den Bedingungen sozialer Gerechtigkeit stehen muß“⁵.

L. Raiser verwandte in seinen Ausführungen den Ausdruck „Opfer“ zur Bezeichnung des Verlustes der Gebiete jenseits von Oder und Neiße sowie der Vertreibung der Deutschen aus ihnen. Das führte zu einer literarisch ausgetragenen Kontroverse zwischen ihm und Witold Benedyktowicz, dem Superintendenten der polnischen Methodistenkirche und langjährigen Präses des Polnischen Ökumenischen Rates⁶.

Obwohl gegen „die Thesen unseres Gastes . . . von polnischer Seite einige Bedenken erhoben“ wurden⁷, setzte W. Benedyktowicz mit Deutlichkeit und Nachdruck sich für eine Fortsetzung des Dialogs ein: „Es scheint, daß eine neue Phase des deutsch-polnischen Gesprächs beginnt. Diese neue Phase erfordert mehr Geduld, Redlichkeit und Vertrauen als je zuvor. Sollte es nicht eine Herausforderung für uns Christen sein, durch alle Schwierigkeiten hindurchzudringen, um zur Versöhnung und zu einer neuen, besseren Zukunft beider Völker zu gelangen?“⁸

Die Denkschrift hielt letztlich eine friedliche Rückgewinnung der verlorenen Gebiete für illusionär. Sie verstand sich daher als der Versuch, „den zum politischen

Handeln berufenen Instanzen“ sowie den Völkern und Menschen in beiden Ländern zu zeigen und einsichtig zu machen, daß „das Beharren auf gegensätzlichen Rechtsbehauptungen, mit denen jede Partei nur ihre Interessen verfolgt, unfruchtbar, ja zu einer Gefahr für den Frieden zwischen den Völkern“ wird⁹.

Aber viele Vertriebenen waren damals, 1965 — und auch in den Jahren unmittelbar danach — nicht bereit, den Verlust als notwendiges Opfer zu begreifen. Und in Polen wollte man nicht „das dem deutschen Volk und im besonderen den Vertriebenen zugemutete Opfer als solches erkennen und anerkennen“¹⁰.

Wie stark das mit der „Ostdenkschrift“ angeschlagene Thema die evangelische Christenheit in (ganz) Deutschland damals umgetrieben hat, kann man auch daraus ersehen, daß die Synode der EKD, die im März 1966 in Berlin-Spandau und in Potsdam-Babelsberg tagte, sich schwerpunktmäßig und ausführlich mit ihr beschäftigte. Sie tat das unter dem Titel „Vertreibung und Versöhnung“¹¹. Am Ende der zum Teil heftig und leidenschaftlich geführten Debatte war es trotz aller zu Tage getretener Sachdifferenzen und Meinungsverschiedenheiten doch möglich, bei nur einer Stimmenthaltung eine die Denkschrift bejahende Erklärung zu „Vertreibung und Versöhnung“ einmütig anzunehmen¹². Die Spannungen sind ihr durchaus noch anzumerken, allerdings kontrolliert und beherrscht von dem Wunsch nach Versöhnung und Verständigung „mit unseren östlichen Nachbarn“:

„Die Vertreibung ist völkerrechtlich ein Unrecht; die Vertriebenen haben zu Recht in ihrer Heimat gewohnt. Wir müssen aber die Vertreibung im Zusammenhang mit dem Unrecht und dem Leid sehen, die beide im deutschen Namen während des Krieges den Völkern im Osten zugefügt worden sind. Heute haben wir zu bedenken, daß inzwischen Rechte auch von der neu angesiedelten polnischen Bevölkerung geltend gemacht werden. Viele Menschen sind dort aufgewachsen und sehen dieses Land als ihre Heimat an.

Angesichts dieser Lage rät die Denkschrift nicht zu einseitigem Verzicht als politischer Vorleistung, wohl aber zu Nüchternheit und zur Bemühung um einen friedlichen Ausgleich . . .

Für die deutsche Seite bedeutet Verständigungsbereitschaft, daß wir begangenes und erlittenes Unrecht nicht gegeneinander aufrechnen dürfen. Wir dürfen zu keiner Zeit eine Lösung durch Gewalt erstreben. Eine Vertreibung darf nie wieder geschehen. Eine Friedensordnung zu schaffen, erfordert Freiheit von Angst, gegenseitige Achtung und die Bereitschaft zum Opfer. Das bedeutet für uns, daß wir die Lebensrechte unserer östlichen Nachbarvölker, ihrer Menschen und ihrer Staaten zu achten haben . . .

Auf die Wirkung des Rufes zur Versöhnung hoffen wir auch in der politischen Öffentlichkeit unserer östlichen Nachbarn. Auch ihre Bereitschaft zur Verständigung ist eine Voraussetzung dafür, daß eine Friedensordnung zustande kommt.“¹³

3 Heinz-Georg Binder, „Der Auftrag der Kirche bei der Verständigung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland“, in: „Völkerverständigung und Massenmedien. Der Prozeß der Normalisierung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland und die Funktion der Massenmedien“, Loccum Protokolle 30/1981, S. 2 ff. 5; vgl. auch R. Henkys, a. a. O., S. 71 ff.

4 Ludwig Raiser, „Bemühungen der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarvölkern, vor allem mit Polen“, in: L. Raiser, „Vom rechten Gebrauch der Freiheit. Aufsätze zu Politik, Recht, Wissenschaftspolitik und Kirche“, Klett-Kotta 1982, S. 369 ff. A. a. O., S. 373.

6 Witold Benedyktowicz, „Reflexionen zum Thema ‚Opfer‘ im deutsch-polnischen Dialog, sowie Ludwig Raiser, „Zum Thema ‚Opfer‘ im deutsch-polnischen Dialog. Antwort an Witold Benedyktowicz“, in: Jürgen Moltmann/Martin Stöhr (Hrsg.), „Begegnung mit Polen“, Christian Kaiser Verlag, München 1974, S. 93 ff., 99 ff.

7 W. Benedyktowicz, a. a. O., S. 98.

8 A. a. O.

9 Vgl. (1), S. 109.

10 L. Raiser, vgl. (6), S. 101.

11 „Bericht über die vierte Tagung der dritten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 13. bis 18. März 1966 in Berlin-Spandau und vom 16. bis 18. März 1966 in Potsdam-Babelsberg“, Verlag des Amtsblattes in Hannover, 1970, S. 102 ff., 188 ff., 242 ff.

12 A. a. O., S. 470 ff.

13 A. a. O., S. 473 f.

Ein Aspekt, der bereits immer schon mit anklang, soll noch herausgegriffen werden. Die Denkschrift reflektiert ja nicht nur die Lage der aus dem heutigen Polen Vertriebenen und befaßt sich nicht bloß mit dem Verhältnis des deutschen Volkes zu seinem polnischen Nachbarn. Die in ihr getroffenen Aussagen und das in ihr gemachte Angebot reichen weiter, umschließen UdSSR, Tschechoslowakei sowie den übrigen Osten und Südosten Europas. Aber das Echo von da kam, wenn überhaupt, nur zögernd und schwach: „So schließt der Wunsch nach der Verständigung mit Polen den Wunsch nach der Verständigung mit den Völkern in der Sowjetunion, der ČSSR, Bulgariens, Rumäniens und Jugoslawiens ein“¹⁴. Freilich, trotz dieser zu Recht erhobenen Anmahnung, hat die Denkschrift im wesentlichen Einfluß genommen ausschließlich auf das deutsch-polnische Verhältnis.

III.

Es entsprach durchaus Ansatz und Wollen der „Ostdenkschrift“ — und war daher folgerichtig —, daß im Zusammenhang der Auseinandersetzung vor allem über den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ neben einzelnen Gemeindegliedern und christlichen Kreisen und Gruppen, die das sehr viel deutlicher taten und tun konnten, auch der Rat der EKD in den heftig ausgetragenen Streit um Pro und Contra eingriff.

Das geschah hauptsächlich unter dem Stichwort Versöhnung und zum Teil unter erklärter Einbeziehung menschlicher, geschichtlicher, ethischer und religiöser Fragen.

In seiner Erklärung vom 21. Dezember 1970 anlässlich der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages wies Landesbischof D. Hermann Dietzfelbinger, der damalige Ratsvorsitzende, besonders auf den Beitrag von Christen in den beiden Ländern zum „langen, mühevollen Prozeß“ der Versöhnung hin: Sie „können . . . oft zwischen den Fronten vermitteln. Sie kennen die Wirklichkeit der Schuld, aber auch die Möglichkeit der Vergebung. Auf beiden Seiten der politischen Grenzen leben Christen, die von diesen Kräften wissen“¹⁵.

Der Rat der EKD wandte sich dann im März 1972 mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit, die trotz der ausgesprochenen Absicht, in die aktuelle politische Diskussion über die Ostverträge nicht eingreifen zu wollen, von den Ratifizierungsbefürwortern als indirekte, aber erkennbare Unterstützung aufgefaßt werden konnte: „Es ist nicht Aufgabe der Kirche, in der notwendigen Auseinandersetzung der politischen Parteien über die Ratifizierungsfrage für oder gegen eine der beiden Seiten Stellung zu nehmen . . . Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland . . . ermutigt aber alle Politiker, bei dieser Suche (sc. nach einem vernünftigen Ausgleich der politischen Interessen und Ziele) den Weg der Versöhnung mit unseren

östlichen Nachbarn, den die Evangelische Kirche seit langem bewußt beschritten hat, nach vorn zu gehen“¹⁶.

Freilich kam der Rat, knapp einen Monat später, in eine schwierige Lage dadurch, das Ende März 1972 ein Kreis von Theologen und Laien ebenfalls eine Erklärung zur Ratifizierung der Ostverträge publiziert hatte.

Unter den 25 hochrangigen kirchlichen Unterzeichnern befanden sich auch fünf Mitglieder des Rates und der von ihnen mitgetragene Text sprach ein deutliche, nämlich unmißverständlich Position beziehende Sprache: „Wir meinen . . ., daß die Verträge von Moskau, Warschau und Berlin jenen Beitrag zum Frieden ermöglichen, den nur die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland leisten können, und den unsere Nachbarn in Ost und West von uns erwarten dürfen . . . Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der Weltöffentlichkeit würde ihre Ablehnung große Enttäuschung hervorrufen“¹⁷.

Der Rat der EKD befaßte sich mit dem Vorgang auf einer Sitzung im April 1972 und hielt an seinem Votum von vor vier Wochen fest. Er stuft die Stellungnahme der 25 ein als „eine auf persönliche Initiative zurückgehende politische Meinungsäußerung“¹⁸.

1975, aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Herausgabe der „Ostdenkschrift“, nahm die Synode der EKD, bei 13 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen, eine Entschließung an, die nicht nur mit Stolz auf das Dokument von 1965 zurückblickte, sondern die Ostverträge sozusagen als Konkretion des in ihm mit allgemeinen Worten Ausgedrückten begriff: „Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat vor 10 Jahren mit der Herausgabe der Denkschrift . . . den Weg zur Versöhnung gewiesen. Die Synode der EKD hat sich in ihrem Wort ‚Vertreibung und Versöhnung‘ vom März 1966 diese Initiative zu eigen gemacht. Wir stellen dankbar fest, daß der empfohlene Weg beschritten wurde. Es sind Verträge und Vereinbarungen abgeschlossen oder vorbereitet worden, die der Aussöhnung und menschlichen Erleichterungen dienen sollen“¹⁹.

Zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages kam es aus diesem Grunde zu einer „Gemeinsamen Erklärung des Polnischen Ökumenischen Rates und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland“. Die „Ostdenkschrift“ wird darin als „eine wesentliche Initiative für friedliche Beziehungen zwischen Deutschen und Polen im Geist der Erneuerung und des Willens zur Versöhnung“ gewürdigt. Der Vertrag von 1972 habe „den Willen beider Völker nach einem neuen Anfang zum Ausdruck gebracht“ und könne „auch in Zukunft die gegenseitigen Beziehungen bestimmen“. Zugleich hat er „auch die Begegnungen zwischen den Christen in beiden Ländern gefördert“²⁰.

14 „Erklärung des Rates der EKD zur gegenwärtigen Auseinandersetzung über die Ostverträge“, Hannover, 20. März 1972; vervielf.

17 „Erklärung eines Kreises von Theologen und Laien zur Ratifizierung der Ostverträge, 29. März 1972“; vervielf., S. 1 f.

18 „Communiqué der Sitzung des Rates der EKD am 20./21. April 1972 in Berlin“; vervielf., S. 1.

19 „Bericht über die vierte Tagung der fünften Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 2. November bis 7. November 1975“; Hannover 1976, S. 488.

20 „Gemeinsame Erklärung des Polnischen Ökumenischen Rates und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland; Hannover/Warszawa, 2. Dezember 1980“; vervielf., S. 1.

14 H.-G. Binder, a. a. O., S. 7.

15 „Erklärung des Vorsitzenden des Rates der EKD zur Lage nach der Unterzeichnung des Vertrags in Polen; München, 21. Dezember 1970“; vervielf. S. 2.

Die Entwicklung guter kirchlicher Beziehungen zwischen der EKD sowie ihren Gliedkirchen und dem Polnischen Ökumenischen Rat und dessen Mitgliedskirchen wäre ohne „Ostdenkschrift“ und befürwortende kirchliche Stellungnahmen zum Warschauer Vertrag nicht, jedenfalls so nicht möglich gewesen.

IV.

Dabei darf freilich die Bedeutung von Reisen und Besuchskontakten nicht übersehen werden. Sie halfen gleichfalls mit, einiges zu bereinigen und zu klären.

Aus der Fülle des hier Erwähnenswerten sollen nur drei Reisen in besonderer Weise gewürdigt werden.

So fuhr im Februar 1957 Martin Niemöller als Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zu einem zehntägigen Besuch nach Polen, eingeladen von Jan Kotula, dem damaligen Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Polen.

Die Reise verlief nicht ganz spannungsfrei.

Einmal legte das Kirchliche Außenamt der EKD Wert auf die Feststellung, daß die den Kirchenpräsidenten begleitenden beiden Oberkirchenräte nicht als Vertreter dieser Amtsstelle an der Reise teilnahmen: „Das Kirchliche Außenamt ist nach Polen nicht eingeladen worden und darum an der Reise nicht beteiligt“²¹.

Zum anderen haben Niemöllers Äußerungen zur Oder-Neiße-Grenze, die er in Warschau gemacht hatte, „in weitesten Kreisen nicht nur der Vertriebenen, sondern aller verantwortungsbewußten Deutschen lebhaft Beunruhigung hervorgerufen“²².

Was Niemöller in der polnischen Hauptstadt gesagt hatte, war aus heutiger Sicht nichts Umstürzendes, für 1957 freilich recht mutig: „Ich bin in Warschau gefragt worden . . ., was ich über die Oder-Neiße-Grenze dachte. Ich habe darauf geantwortet, daß diese Frage jetzt nicht zu beantworten sei, da sie im Friedensvertrag geklärt werden müßte. Ich habe dann hinzugefügt, ich könnte mir nicht vorstellen, daß diese Entscheidung der Mächte irgend etwas an der staatlichen Grenze ändern könnte“²³.

Im Juni 1958 reiste eine Gruppe deutscher Kirchenvertreter, unter ihnen die Bischöfe Johannes Lilje und Gottfried Noth sowie Kirchenpräsident Reinold von Thadden-Trieglaff, zur Einweihung der im letzten Krieg zerstörten und dann unter wesentlicher Beteiligung der Ökumene wieder aufgebauten evangelischen Trinitatis-Kirche in Warschau.

Die Einweihungsliturgie hielt Bischof Johannes Lilje.

Die Anwesenheit der vielen kirchlichen Gäste aus dem Ausland wurde damals vom Polnischen Ökumenischen Rat genutzt, um im Anschluß an die Feierlichkeiten noch eine ökumenische Tagung durchzuführen.

21 epd-ZA Nr. 39 vom 15. 2. 1957.

22 So Baron Manteuffel — Szoega an Bischof Dibelius; in: „Informationsdienst“ Nr. 21 (Mai 1957) der Gemeinschaft Evangelischer Schlesier.

23 Brief Niemöllers vom 26. 2. 1957 an den Kreisvorsitzenden des BVD Priebs; in: wie (22).

Vom 17. bis 21. Oktober 1973 reiste auf Einladung des Polnischen Ökumenischen Rates eine Delegation des Rates der EKD nach Polen.

Keiner der damals Mitfahrenden — unter ihnen D. Helmut Hild, der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau — war sich darüber im Unklaren, daß der Besuch in einer Reihe von Bereichen Schwierigkeiten in sich barg.

Die Gespräche mit dem Stellvertretenden Polnischen Außenminister sowie mit Vertretern des dortigen Amtes für Kirchenfragen konzentrierten sich auf die deutsch-polnischen Beziehungen seit Abschluß des Warschauer Vertrages und die Problembereiche Entschädigung der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie Familienzusammenführung.

Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches mit dem Polnischen Ökumenischen Rat stand vor allem die Frage nach den Möglichkeiten einer Vertiefung der Verbindungen, die Probleme deutscher Restgemeinden in Pommern und Schlesien samt ihrer geistlichen und materiellen Versorgung sowie Fragen im Blick auf deutsche wie polnische Schulbücher.

Als konkretes Ergebnis ist der gemeinsam gefaßte Beschluß anzusehen, einen Kontaktausschuß mit etwa je zwei deutschen und polnischen Mitgliedern zu bilden.

Zu seinen Aufgaben sollte vor allem die Behandlung beiderseitig berührender politisch-humanitärer sowie kirchlicher Fragen gehören. Außerdem sollte über ihn ein kontinuierlicher, nicht allzu fester, sich freilich auch nicht in Unverbindlichkeiten verlierender Kontakt zum Polnischen Ökumenischen Rat hergestellt und aufrecht gehalten werden.

Ein bestimmtes präzises Mandat oder gar die Kompetenz zur Beschlußfassung auf eigens zugewiesenen Gebieten besaß der Kontaktausschuß weder in seiner Entstehungsphase noch zu einem späteren Zeitpunkt.

Die erste Sitzung des „Kontaktausschusses zwischen dem Polnischen Ökumenischen Rat und der Evangelischen Kirche in Deutschland“, so die bis heute gültige Bezeichnung, fand am 30./31. Mai 1974 in Frankfurt a.M. statt.

Der Polnische Ökumenische Rat, zu dem acht nicht römisch-katholische Kirchen — darunter die Orthodoxe Kirche mit über 500.000 Gläubigen, die Evangelische Kirche A.B. mit ca. 80.000 Anhängern und die Polnisch-Katholische Kirche mit mehr als 30.000 Gläubigen — gehören, hat den Kontaktausschuß bislang stets mit solchen Vertretern beschiedt, die in etwa dem in der EKD vertretenen konfessionellen Spektrum entsprochen haben.

Einschließlich 1983 ist der Kontaktausschuß zu 16 Sitzungen zusammengetroffen, jeweils abwechselnd in Polen und in der Bundesrepublik Deutschland. Bis 1979 fanden sie zweimal im Jahr statt. Dann beschloß man, auf Grund des guten Klimas, das sich im Laufe der Jahre entwickelt hatte, nur mehr jährlich zusammenzutreten.

Eine der Hauptfunktionen des Kontaktausschusses ist der wechselseitige Informations- und Meinungsaustausch.

Daher war und ist, das geht aus den zumeist als Verlaufsprotokollen erstellten Niederschriften deutlich hervor, den Lageberichten über die politische sowie kirchlich-ökumenische Situation in beiden Ländern und Kirchen und über die deutsch-polnischen Beziehungen die meiste Zeit gewidmet (gewesen).

Darüber hinaus haben, neben dem anhaltenden Interesse z. B. am Bau der

Jugendbegegnungstätte Auschwitz oder der Verwirklichung der Schulbuch-Empfehlungen, vor allem zwei Projekte immer wieder die Aufmerksamkeit der Mitglieder des Kontaktausschusses gefunden.

Da ist einmal die in der Verantwortung des Kontaktausschusses geschehende Arbeit der deutsch-polnischen Kirchengeschichtskommission zu nennen. Sie hat 1976 ihre Tätigkeit aufgenommen und ist bisher viermal zusammengetreten.

Die vorwiegend aus Kirchenhistorikern bestehende Kommission, die von polnischer wie deutscher Seite in etwa paritätisch zusammengesetzt ist, hat sich vorgenommen, ein von der Reformation und Gegenreformation bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg reichendes Arbeitsprogramm zu erledigen.

Es steht zu hoffen, daß das gesamte Material, also vor allem die Referate und der Diskussionsverlauf, eines Tages auch in gedruckter Form vorliegen werden.

In dem Zusammenhang verdient die seit Jahren bestehende und funktionierende Zusammenarbeit zwischen evangelischen theologischen Fakultäten in der Bundesrepublik und der Christlichen Theologischen Akademie in Warschau ausdrückliche Hervorhebung. Besonders eng ist der Kontakt mit der Bonner Fakultät: Jährlich kommt es zu wechselseitigen Gastvorlesungen.

Zum anderen handelt es sich um den 1977 konstituierten Verein „Zeichen der Hoffnung“. Diese „evangelische Initiative für eine bessere Zukunft von Polen und Deutschen“, der zur Zeit mehr als 160 zahlende Mitglieder angehören, die Beiträge in Höhe von etwa 17.000,— DM aufbringen, leistet in enger Zusammenarbeit mit dem Polnischen Ökumenischen Rat konkrete Hilfe an überlebende Opfer der nationalsozialistischen Besatzungszeit in Polen und unterstützt Einrichtungen, die dort für diese Menschen tätig sind.

Die Initiative, der finanzielle Hilfe auch durch Kollekten und Spenden aus einzelnen Landeskirchen zuteil wird, trägt, ohne damit und dafür das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit suchen zu wollen, wesentlich zum Versöhnungsgeschehen zwischen Polen und Deutschen bei.

V.

Die am 13. Dezember 1981 erfolgte Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen hat die Beziehungen zwischen dem Polnischen Ökumenischen Rat und der EKD nicht unterbrochen. Die 15. Sitzung des Kontaktausschusses fand, wie verabredet, im Mai 1982 in Warschau statt.

Vom 15. bis 18. März des gleichen Jahres hielten sich, auf Einladung des Polnischen Ökumenischen Rates, der Stellvertretende Vorsitzende des Rates der EKD, Kirchenpräsident D. Helmut Hild, und Prälat Heinz-Georg Binder, der Bevollmächtigte des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland, in Warschau auf, wo sie unter anderem mit dem Polnischen Außenminister sowie dem Leiter des Staatlichen Amtes für Kirchenfragen und Erzbischof Glemp, dem Primas der Katholischen Kirche Polens, zusammengetroffen sind.

Die zuletzt genannte Begegnung verdient in ganz besonderer Weise Aufmerksamkeit. Als die Delegation des Rates der EKD 1973 nach Polen fuhr, war, obgleich von ihr gewünscht, ein Zusammentreffen mit führenden Repräsentanten, gar dem

damaligen Primas, Kardinal Wyszyński, der Katholischen Kirche aus vielerlei Gründen nicht möglich.

Und auch anlässlich der Kontaktausschuß-Sitzungen, die in Polen stattfanden, waren derartige Begegnungen nicht möglich. Eine nicht unerhebliche Rolle mag dabei das kühle Verhältnis zwischen Katholischer Kirche und dem Polnischen Ökumenischen Rat sowie seinen Mitgliedskirchen gespielt haben: Ökumenische Aufgeschlossenheit war nicht gerade eine der stark entwickelten Seiten des früheren Primas, und die Besetzungen evangelischer Kirchen durch Katholiken, vornehmlich in Masuren, trugen dazu bei, das ohnehin angespannte Verhältnis weiter und empfindlich zu belasten.

Mit dem Amtsantritt des neuen Oberhirten der polnischen Katholiken scheint, so sieht es jedenfalls aus, eine Wende zum Besseren hin eingeleitet worden zu sein, von der auch die kirchlichen Beziehungen der EKD nach Polen hinein profitieren dürften. Das Kommuniqué der März-Sitzung 1982 des Rates der EKD hält dementsprechend fest: „Die erste Begegnung zwischen Erzbischof Glemp mit Vertretern der EKD würdigt der Rat als Zeichen der wachsenden Gemeinschaft zwischen der Römisch-Katholischen Kirche und den evangelischen sowie den orthodoxen Kirchen in Polen“²⁴.

Der Rat der EKD hatte sich nach Verhängung des Kriegsrechtes mehrfach und nachhaltig für seine baldige Aufhebung ausgesprochen, wohl wissend, daß dadurch und dann noch lange nicht alle Probleme des Landes und seiner Menschen gelöst sein würden. So heißt es im Kommuniqué der Januar-Sitzung 1982 des Rates der EKD: „Seit vielen Jahren pflegt er engen Kontakt mit dem Polnischen Ökumenischen Rat und seinen acht Mitgliedskirchen. Die daraus entstandene Gemeinschaft hat nicht nur politische Grenzen überwunden, sondern die Erkenntnis vertieft, daß die Staaten Europas trotz der verschiedenen Bündnissysteme auf Verständigung und Zusammenarbeit angewiesen bleiben . . . Unter Hinweis auf die Schlußakte von Helsinki gibt der Rat seine dringende Erwartung zum Ausdruck, daß die Regierung der Volksrepublik Polen das Kriegsrecht aufhebt, die Verhafteten freiläßt und die gesellschaftlichen Kräfte des Landes auf der Grundlage der seit August 1980 getroffenen Vereinbarungen an der Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Ordnung Polens beteiligt“²⁵.

Das bereits erwähnte Kommuniqué der Sitzung vom März fügt hinzu: „Die innenpolitische Situation der Volksrepublik bedarf des Versöhnungsdienstes aller Christen des Landes und fordert die Kirchen zu gemeinsamer Verständigung unter allen gesellschaftlichen Gruppen Polens heraus. Mit Sorge beobachtet der Rat die wirtschaftliche Lage in Polen, die in absehbarer Zeit kaum zu spürbaren Erleichterungen für die Bevölkerung führen wird. Er weist darauf hin, daß Polen noch lange auf Unterstützung von außen angewiesen bleiben wird“²⁶.

Die damit verbundene konkrete Bitte an die evangelischen Christen bei uns, auch weiterhin zu Spenden für die Menschen dort bereit zu sein, weist auf eine

24 „Kommuniqué der 32. Sitzung des Rates der EKD, 26. bis 27. März 1982“, Frankfurt a. M.; in: „Mitarbeiterbrief“ Nr. 1/1982, S. 7.

25 A. a. O., S. 6 f.

26 A. a. O., S. 7.

Entwicklung des Verhältnisses von Deutschen und Polen hin, deren materielle Dimension nur einen Aspekt ausmacht. Vertreter des Polnischen Ökumenischen Rates unterstreichen angesichts des enormen quantitativen Umfangs dieser Hilfe nachdrücklich und vorrangig die spirituelle Dimension dieser Hilfe, die von ihnen verstanden wird als ein ganz wichtiger Beitrag zur Versöhnung, als eine ganz neue Etappe der gegenseitigen Beziehungen.

Literaturhinweise

- „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift“, in: „Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland“, Band 1/1, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, 1978, S. 77 ff.
- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1965, 92. Jg., S. 47 ff. („Die ‚Vertriebenen Denkschrift‘“).
- Reinhard Henkys (Hrsg.), „Deutschland und die östlichen Nachbarn. Beiträge zu einer evangelischen Denkschrift“, Kreuz-Verlag, Stuttgart/Berlin 1966.
- „Vertreibung und Versöhnung. Erklärung der in Berlin-Spandau zu ihrer Tagung vom 13.-18. 3. 1966 versammelten Mitglieder der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland“, in: „Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland“ 1/1, a. a. O., S. 128 ff.
- Ludwig Raiser, „Bemühungen der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Versöhnung mit den östlichen Nachbarn, vor allem mit Polen“, in: L. Raiser, „Vom rechten Gebrauch der Freiheit. Aufsätze zu Politik, Recht, Wissenschaftspolitik und Kirchen“, Forschung und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Band 38, Klett-Kotta 1982, S. 369 ff.
- Witold Benedyktowicz, „Reflexionen zum Thema ‚Opfer‘ im deutsch-polnischen Dialog“, in: Jürgen Moltmann und Martin Stöhr (Hrsg.), „Begegnung mit Polen“, Christian Kaiser Verlag, München 1974, S. 93 ff.
- Ludwig Raiser, „Zum Thema ‚Opfer‘ im deutsch-polnischen Dialog. Antwort an Witold Benedyktowicz“, in Jürgen Moltmann und Martin Stöhr, a. a. O., S. 99 ff.
- „Verständigung und Konflikte. Erfahrungen und Perspektiven der Entspannungspolitik“, Loccumer Protokolle 28/1980.
- „Völkerverständigung und Massenmedien. Der Prozeß der Normalisierung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland und die Funktion der Massenmedien“, Protokoll 30/1981.